

Kommentare

Viel Beton



Jens Schmidt über das Abkassieren beim Abwasser

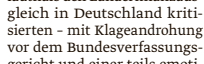
Im Rechtsstaat gibt es Verjährungsfristen. Selbst bei Steuersündern verwirkt der Fiskus nach zehn Jahren seine Rechte. Nur beim Thema Abwasser gibt sich Sachsen-Anhalt unnachgiebig wie ein Betonkopfstaat. Auch 20 Jahre nach einem Kanalbau sollen Hausbesitzer zahlen.

Sicher: Idealerweise beteiligen sich alle am Aufbau eines modernen Klärnetzes. Nur: Dies durchzusetzen hatten die Gemeinden und ihre Zweckverbände genügend Zeit. Es gab keinen vernünftigen Grund, 2015 per Gesetz und Knute Gelder einzutreiben, an denen man jahrelang offenbar kein Interesse gehabt hatte.

Um den gemeindlichen Seelenfrieden zu wahren (Neuanhänger zahlten, Alt-Anhänger nicht), wären viele zu einem Vergleich bereit gewesen. Doch diese Chance wurde vielerorts vertan.

Das Landesverfassungsgericht in Dessau wird die Kasserpraxis in vielen Fällen vermutlich stoppen. Dann geht das Gezerre um Rückzahlungen los. Frieden ist so schnell nicht in Sicht. **Seite 1**

Systemwechsel mit Bedacht



Silke Janko zum Finanzpakt von Bund und Ländern

Es ist ein paar Jahre her, als die finanzstarken Bundesländer im Süden lauthals den Länderfinanzausgleich in Deutschland kritisierten - mit Klageandrohung vor dem Bundesverfassungsgericht und einer teils emotional geführten Debatte über Verschwendung von Steuergeldern im Osten.

Der Systemwechsel wird nun vollzogen. Es ist einer mit Bedacht. Die reichen Gebirgs-Länder sparen mit dem neuen Finanzpakt ab dem Jahr 2020 Milliarden, arme Nehmerländer wie Sachsen-Anhalt erhalten aber nicht weniger als bisher. Das ist nicht nur für Sachsen-Anhalt entscheidend, sondern auch für alle anderen armen Länder, die wegen ihrer Steuerschwäche auf Zuwendungen angewiesen sind. Jede andere Lösung, die weniger Geld für die Nehmerländer bedeutet hätte, wäre an die Substanz gegangen - mit Folgen, die nicht wirklich gewollt sein können. Wie etwa wieder steigenden Abwanderungszahlen und sinkender Wirtschaftskraft. **Politik**

Stimme der anderen

Twitter kann sich über Trump freuen

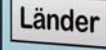
„Lidove noviny“ (Prag) zur Kommunikation Trumps: „Der nächste Twitter-Marketingsslogan könnte lauten: ‚Sie wollen wissen, was im Weißen Haus geschieht? Dann verfolgen Sie Twitter.‘ Das wäre an sich nichts Schlechtes, denn vor allem für junge Amerikaner sind soziale Netzwerke (...) neben Internetportalen und dem Fernsehen bereits die Hauptnachrichtenquellen. Doch für Trump sind seine Tweets weniger ein Mittel, um (...) sachliche Informationen zu vermitteln, sondern ein allgemeiner Ausschluss, aus dem alles Mögliche strömt.“



Karikatur: Martin Ertl

SIE BEKOMMEN MEHR GELD, UND ICH BERATE SIE, WIE SIE ES VERWENDEN!

ERL¹⁶



Zivilisten verschleppt und getötet

Nach Gebietsverlusten der Rebellen berichten UN von vermissten Flüchtlingen im syrischen Aleppo



Flüchtlinge verlassen ihre Wohnungen in Ost-Aleppo, nachdem regierungsnahe Truppen große Teile der Stadt zurückerobert haben. Foto: dpa

Hunderte Männer aus Rebellengebieten der umkämpften syrischen Stadt Aleppo sind den UN zufolge nach der Flucht in Regierungsviertel verschwunden. Zudem gebe es Berichte, bewaffnete Gruppen der Opposition hätten Zivilisten von der Flucht abgehalten, sagte der Sprecher des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte, Rupert Colville, am Freitag in Genf. Die Zivilisten saßen zwischen den Kriegsparteien fest, die offensichtlich gegen das humanitäre Völkerrecht verstießen. Trotz einer von Russlands Außenminister Sergej Lawrow verkündeten Waffenruhe gingen die Kämpfe weiter.

Lawrow sieht dennoch Chancen für eine Absprache mit den USA über Aleppo. „Wenn sich die US-Experten nicht wieder etwas ausdenken und auf den Tisch legen - wie zuletzt vor ein paar Tagen -, dann gibt es eine sehr gute Möglichkeit, sich zu einigen“, sagte er in Hamburg.

Zehntausende Menschen sind aus Aleppo geflohen

Aleppo gehört zu den umkämpftesten Gebieten in dem fast sechs Jahre dauernden syrischen Bürgerkrieg. Die Armee und verbündete Milizen aus Nachbarländern hatten in den vergangenen Wochen rund 80 Prozent der bisherigen Rebellengebiete in Ost-Aleppo erobert.

Die humanitäre Lage in den schrumpfenden Rebellengebieten wird immer dramatischer. Nach Angaben der Menschenrechtsbeobachter sind mittlerweile 100 000 Menschen von dort geflohen, davon 70 000 in Viertel unter Kontrolle von Regimekräften. Das UN-Nothilfebüro OCHA sprach von 40 000 Vertriebenen, die in Gebieten unter Kontrolle der Regierung oder von Kurden Zuflucht gefunden hätten. In den verbliebenen Rebellengebieten sollen noch rund 100 000 Menschen sein.

UN-Sprecher Colville erklärte, die Familien der verschwundenen Männer hätten seit Tagen nichts von ihnen gehört. Die Männer seien zwischen 30 und 50 Jahre alt. Angesichts der

Berichte über willkürliche Festnahmen der syrischen Streitkräfte sei man sehr besorgt.

Die UN hätten außerdem Berichte erhalten, dass bewaffnete Oppositionsgruppen auf fliehende Zivilisten geschossen hätten. Die Al-Kaida-nahe Fatah-al-Scham-Front sowie eine weitere radikale Miliz sollen demnach eine unbekannte Zahl an Zivilisten verschleppt und getötet haben, nachdem diese um den Abzug der Gruppen gebeten hätten.

Lawrow betonte, eine am Donnerstag einseitig ausgerufenen Feuerpause in Aleppo sei nur vorübergehend, um den Menschen zu ermöglichen, die Stadt zu verlassen. Von einem „kompletten Waffenstillstand“

Neue Gespräche zum Syrienkonflikt

Russische und amerikanische Experten sollen an diesem Sonnabend in Genf über einen möglichen Abzug von Kämpfern aus Ost-Aleppo beraten. Das kündigte der russische Außenminister Sergej Lawrow auf dem Ministertreffen der OSZE in Hamburg an.

Parallel dazu findet in Paris ein Ministertreffen der sogenannten Syrien-Freundesgruppe statt, bei dem auch US-Außenminister John Kerry und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) dabei sind.

Auch der UN-Syrienbeauftragte Staffan de Mistura will sich mit den Amerikanern zur Krise in Aleppo verständigen. Er plant ein Treffen mit dem Team des künftigen US-Präsidenten Donald Trump. Den Zeitpunkt ließ er offen. Zuvor informierte de Mistura den UN-Sicherheitsrat auf einer Sitzung hinter verschlossenen Türen zur Lage in Syrien. Er habe dem Gremium gesagt, dass vielleicht die Zeit für neue politische Diskussionen zur Lösung der Krise gekommen sei, teilte de Mistura mit. (dpa)

haben sie nie gesprochen. Anschließend werde solange weitergekämpft, „bis die Banditen die Stadt verlassen“ hätten.

Luftangriffe der Regierung dauern an

Die Kämpfe gingen auch nach der verkündeten Waffenruhe weiter. Kräfte des Regimes hätten die Rebellengebiete mit Artillerie und aus der Luft angegriffen, meldete die Beobachtungsstelle. Die zivilen Rettungshelfer Weißhelme erklärten, 25 Menschen seien bei einem Luftangriff getötet worden. Den Menschenrechten zufolge beschossen zugleich Rebellen Viertel unter Kontrolle der Regierung. Dabei seien

acht Menschen um ein Leben gekommen.

Syriens Führung hatte in dieser Woche erklärt, sie werde eine Waffenruhe erst zustimmen, wenn die Rebellen aus Aleppo abziehen. Die Regimegegner fordern, zunächst müssten Verletzte und Zivilisten unter Aufsicht der Vereinten Nationen die Stadt verlassen können.

Da die Viertel unter Kontrolle von Oppositionskräften seit Wochen blockiert sind, wird dort die humanitäre Lage immer dramatischer. Hilfsorganisationen und Aktivisten berichten von akutem Mangel an Trinkwasser, Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung. (dpa)

Kommentar

Kallnik macht es richtig



Wenn sich einer knauerig anstellt, obwohl die Kasse voll ist, macht er sich unbeliebt. Das war schon immer so und wird auch immer so bleiben. Doch im Falle des 1. FC Magdeburg ist der Schritt, nach dem satten Gewinn Rücklagen zu schaffen und vor allem in die Nachwuchsarbeit zu investieren, der einzig sinnvolle. Vorstandsmitglied Mario Kallnik ist auf dem richtigen Weg.

Gerade im schnelllebigen Geschäft Fußball hat es schon viele Glücksritter und Hasardeure gegeben, die aber auch relativ zügig wieder von der Bildfläche verschwunden waren. Nicht selten haben sie dabei in den Vereinen einen Scherbenhaufen hinterlassen und dafür gesorgt, dass die Clubs vorerst nicht wieder auf die Beine kamen.

Auch der FCM ist diesbezüglich ein gebranntes Kind. Nach der Insolvenz 2002 war er noch 2012 ganz unten. Wenn Kallnik sagt, man habe aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt, kann man das bedenkenlos glauben - und ihn weiter seine Arbeit machen lassen. **Sport**

Zur Person



Grande Dame der FDP gestorben

Sie war die Grande Dame des Liberalismus in Deutschland: Jahrzehntlang prägte Hildegard Hamm-Brücher die Politik der FDP - in der Lokal-, Landes- und Bundespolitik. Jetzt ist sie im Alter von 95 Jahren gestorben. Wie die bayerische FDP am Freitag bekanntgab, starb die frühere Staatsministerin im Auswärtigen Amt bereits am Donnerstag. FDP-Landeschef Albert Duin würdigte sie als „große liberale Persönlichkeit“.

Als Hildegard Brücher wurde sie 1921 in Essen geboren, als drittes von fünf Geschwister. Schon mit elf Jahren wurde sie Vollwaise. In den Kriegsjahren 1940 bis 1945 studierte sie Chemie in München. Sie erlebte, wie sich ihre jüdische Großmutter aus Angst vor Deportation das Leben nahm. Ihr Doktorvater schützte und förderte sie, obwohl sie nach den Rassengesetzen als „Halb-Jüdin“ galt. Kurz vor ihrem 24. Geburtstag endete der Zweite Weltkrieg - das Geschehene und Erlebte empfand sie als Lebensauftrag für ihre Zukunft. In der Regierungszeit von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) ist sie Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und während Helmut Schmidts (SPD) Kanzlerjahren die erste Staatsministerin im Auswärtigen Amt in Bonn. Dem Bundestag gehörte sie von 1976 bis 1990 an. (dpa/epd)

Worte

„60 Jahre Mitgliedschaft in der SPD. Ich bin es das nächste Jahr 40 und fand das schon ziemlich anstrengend.“

SPD-Chef Sigmar Gabriel am Freitag in Stuttgart zur 60-jährigen Parteimitgliedschaft von Erhard Eppler.

Bombenleger von Dresden war Pegida-Redner

Polizei nimmt 30-Jährigen in Zusammenhang mit dem Anschlag auf eine Moschee Ende September fest

Nach den Sprengstoffanschlägen gegen eine Moschee und das Kongresszentrum in Dresden hat die Polizei einen Verdächtigen gefasst. Die Ermittler nahmen einen 30 Jahre alten Mann aus Dresden fest, wie das Operative Abwehrzentrum (OAZ) und die Generalstaatsanwaltschaft am Freitag mitteilen. Bei Durchsuchungen seien diverse Gegenstände gesichert worden, die mutmaßlich zur Herstellung von Spreng- und Brandvorrichtungen genutzt werden könnten, hieß es. „Im Ergebnis der kriminaltechnischen Untersuchung stimmen die an verschiedenen Tatmitteln gesicherten DNA-Spuren mit der DNA des

Beschuldigten überein.“ Ein Haftrichter erließ Haftbefehl. Der Mann kam in die Justizvollzugsanstalt Dresden.

Wie das OAZ bestätigte, trat der 30-Jährige als Redner beim fremden- und islamfeindlichen Pegida-Bündnis in Dresden auf. „Wir haben davon auch Kenntnis“, sagte Behördenchef Bernd Merbitz, ohne weitere Details zu nennen. Im Internet ist ein Video zu finden, das den Tatverdächtigen zeigen soll. Während einer Rede im Sommer 2015 verlas er bei einer Pegida-Kundgebung einen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und äußerte sich dabei auch abfällig über Ausländer. Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft erfolgte die Festnahme des Mannes am Donnerstag auf einer Baustelle in Hesse, wo er auf Montage tätig war. Hinweise auf Komplizen gebe es bisher nicht.

Nach Angaben der Ermittlungsbehörden muss sich der



Die Moschee in Dresden nach dem Anschlag. Foto: dpa

30-Jährige, der allein in Dresden lebt, wegen der Anschläge auf die Fatih-Moschee und das Kongresszentrum am 26. September in der Stadt verantwortlich. Bei den Angriffen entstand Sachschaden, Menschen wurden nicht verletzt. Die Sprengsätze waren kurz hintereinander explodiert. Der Imam und seine Familie waren zum Tatzeitpunkt in der Wohnung. Der 30-jährige Beschuldigte steht auch im Verdacht, drei Tage später eine aus Glasern und Drähten bestehende Bombenattrappe an der Dresdner Marienbrücke platziert zu haben.

Die Anschläge wenige Tage vor den zentralen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit

in Dresden hatten bundesweit Entsetzen ausgelöst. Im Kongresszentrum war ein Empfang von Bundespräsident Joachim Gauck geplant, der auch nach dem Anschlag wie vorgesehen stattfand. Eine heiße Spur gab es lange Zeit nicht. In der sächsischen Landespolitik sorgte die Festnahme des Mannes für Erleichterung. Regierungschef Stanislaw Tillich (CDU) wertete die Ergreifung des Verdächtigen als „weiteren Erfolg der sächsischen Sicherheitsbehörden gegen den Rechtsextremismus“. Die AfD verlangte eine harte Bestrafung für Bombenleger, warnte aber davor, Pegida-Demonstranten in „Kollektivhaftung“ zu nehmen. (dpa)